

Deutscher Verkehrsverband

Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Reichsmark / Die Einzelnummer —,30 Reichsmark

Zentralorgan für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Redaktion u. Exped. Berlin 600, Michaelstr. 1. Tel.: Moritzpl. 950, 10070. / Redaktionschluss 3 Tage vor Erscheinen des Blattes

Nummer 42

Berlin, den 15. Oktober 1927

5. Jahrgang

Worauf es ankommt.

In Nr. 41 des „Verkehrsbundes“ haben wir bereits kurz in dem Artikel „Alarm im Unternehmerlager“ auf die Gefahren hingewiesen, die der Arbeiterschaft in der nächsten Zeit drohen. Es wird notwendig sein, die volkswirtschaftlichen Gefahren und die organisatorischen Hintergründe dieses planmäßigen Vorgehens des Unternehmertums näher zu beleuchten. Worum dreht sich der ganze Streit?

Die gute Geschäftslage der deutschen Wirtschaft hat naturgemäß die Gewerkschaften veranlaßt, den Lebensstandard der deutschen Arbeiter zu heben. Nicht nur aus strategischen Gründen, sondern aus rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten ergibt sich die Taktik, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen dann einsetzen, wenn die Industrie über eine gute Beschäftigung verfügt. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit ungefähr einem halben Jahre in einer außerordentlich günstigen Konjunktur. Die Räder drehen sich überall. Die meisten Industrien sind voll beschäftigt. Einzelne sogar bis zum Frühjahr nächsten Jahres. Die Umsätze des deutschen Handels haben eine Höhe erreicht, wie seit langem nicht. Die Transportunternehmungen haben einen Warenumschlag zu bewältigen, wie man es bis vor kurzem kaum für möglich gehalten hätte. Die Besserung der Wirtschaftslage hat stoßweise eingeleitet. Sie wird ebenso ruckartig in das Gegenteil umschlagen, wenn es nicht gelingt, sie durch eine Steigerung der inneren Kaufkraft zu untermauern.

Hier fehlen die Gewerkschaften ein. Sie forderten im Frühjahr angehörslich der Mietssteigerungen und der sonstigen Verhältnisse

eine allgemeine Lohnerhöhung,

die in dem Ausmaß von 5 bis 10 v. H. gewährt wurde. Mittlerweile erfolgte jener oben gekennzeichnete Hochschwung des gesamten Wirtschaftslebens. Es ist das Zeichen einer guten Konjunktur in Deutschland, daß mit ihr fast stets eine Preis-erhöhung verbunden ist. Daß es auch anders geht, haben die Verhältnisse in Amerika gezeigt, wo eine gute Wirtschaftslage mit steigenden Löhnen und herabgesetzten Preisen sich durchaus im Einklang miteinander befinden. Weil die Lernerungsverhältnisse immer schroffer in Erscheinung traten, und die Arbeiterschaft von der guten Wirtschaftslage noch wenig zu spüren bekommen hatte, setzten neue Lohnbewegungen ein, die die Unternehmer durch ihre

Kampf- und Gefahrengemeinschaften

zu verhindern suchen. Es ist das Merkmal der Wirtschaftsentwicklung, daß die Arbeiter und Angestellten viel zu spät von einer besseren Wirtschaftslage profitieren. In der Regel beginnt die Verbesserung des Lebensstandards erst dann fühlbar in Erscheinung zu treten, wenn die Konjunktur ihren Höhepunkt bereits erreicht hat. Die ganze lange Anlaufzeit kommt den Unternehmern zugute, weil sie in derselben nur niedrige Löhne einzufaktulieren brauchen. So ist es auch diesmal gewesen. Es scheint, daß die deutsche Konjunktur auf ihrem Höhepunkt angekommen ist. Die Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank ist ein ernstes Warnungszeichen und kann zugleich einen Wendepunkt bedeuten. Somit steht fest, daß die in diesem Spätsommer oder Herbst oder gar die in Vorbereitung befindenden Lohnbewegungen viel zu spät einsetzten. Trotzdem werden Kampf-gemeinschaften errichtet, um auch jetzt noch evtl. Erfolge der Arbeiterschaft in das Gegenteil umzuwandeln.

Sätten die deutschen Unternehmer den genügenden volkswirtschaftlichen Weitblick, so müßten sie mit der Arbeiterschaft gemeinsam Mittel und Wege zu finden versuchen, um die gute Wirtschaftslage auf eine längere Zeitdauer zu stabilisieren. Es gibt nur ein Mittel, dies zu ermöglichen, und das ist

die Stärkung der inneren Kaufkraft.

63 Millionen Menschen bilden ein so ungeheures Absatzgebiet, daß die in Deutschland vorhandenen Produktionsstätten auf Jahre hinaus mit voller Beschäftigung rechnen könnten, wenn eben dieser Absatzmarkt erschlossen ist. Um nochmals auf Amerika zu verweisen, so ist dort bereits eine gute Konjunktur seit fünf Jahren zu verzeichnen. Es war eines der größten Wirtschaftsausschüsse der Vereinigten Staaten, daß im Jahre 1921 die Volkswirtschaftsbestrebungen der Unternehmer abgeschlagen werden konnten. Heute befinden sich nicht nur Staatsmänner und Volkswirtschaftler von Rang und Ruf, sondern auch Unternehmer in Amerika unter den Leuten, die des Lobes voll sind über die Tatsache, daß zu jener Zeit der Angriff auf die Lohnhöhe zunichte wurde. Wie bereits bemerkt, volkswirtschaftliche Einsicht müßte auch die deutschen Unternehmer zu diesem Standpunkt belehren. Da sie sich schlecht befehlen lassen, sind die Gewerkschaften

der deutschen Volkswirtschaft das nötige Fundament zu einer längeren guten Geschäftsdauer zu verschaffen.

Doch den deutschen „Wirtschaftsführern“ fehlt nicht nur die Erkenntnis, sie sind im Gegenteil entschlossen, diese Entwicklung, die wir als durchaus notwendig erachten, zu verhindern. Und deshalb bilden sie Kampf-gemeinschaften, denen sie sogar den schönen Namen „Gefahrengemeinschaften“ zulegt. Man ist versucht, den deutschen Unternehmern das Prädicat Wirtschaftsführer nicht nur abzuspochen, sondern sie als

Lotengräber der Wirtschaft

zu bezeichnen. Werden die Pläne, die namentlich von der Schwerindustrie ausgehen, zur Tatsache, dann wird die deutsche Wirtschaft in einen Trümmerhaufen verwandelt. Jede Bemühung der Gewerkschaften, die Lebenslage zu verbessern, soll nach dem bekannten Programm der Kampf-gemeinschaften der Unternehmer mit den äußersten Mitteln begegnet werden. Was soll das bedeuten? Das bedeutet, daß jeder Streik oder jede Lohnbewegung mit allen Mitteln sofort unterdrückt wird.

Große Aussperrungen

über weite Gebiete sind die Folge. Druck erzeugt Gegendruck. Die Arbeiterschaft wird sich gegen eine solche Machtpolitik energisch zur Wehr setzen. Das Ende vom Liede wird sein, daß die letzten Ansätze einer guten Konjunktur vollständig vernichtet werden. Große Arbeitslosigkeit, Rückgang der Wirtschaft auf allen Gebieten, ist die Folge. Dies alles lediglich, um einem Unfall von Größe und Höhe auf Seiten der Unternehmer Genüge zu leisten. Und doch könnte es, wie oben gezeigt wurde, wesentlich anders sein.

Doch noch eine andere Seite in dem strategischen Aufmarschplan der Unternehmer gilt es zu beachten. Der ganze Feldzugsplan wurde in der Hauptsache von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie entworfen. Hier sitzen

die Konzentrationspunkte in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit.

Die westdeutsche Schwerindustrie verfügt nicht nur über das beste Organisationsverhältnis, sie ist auch in gewaltigen Unternehmungen zusammengeschlossen.

Hinter diesen Unternehmungen stehen die Geld-schranke der ganzen Welt. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. ist beispielsweise ein unumgreifbarer Block des Unternehmertums. In Düsseldorf, am Sitze des Stahlwerksverbandes, der Kohltahl-gemeinschaft und der Vereinigte Stahlwerke A.-G. sitzen auch die größten Unternehmerverbände des Westens. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller bildet den Mittelpunkt von dem Ganzen. Mit ihr eng verbunden und in Personalunion vereinigt ist die „Austauschstelle der Rheinisch-Westfälischen Bezirksarbeitgebervereinigungen“. Dieser Austauschstelle gehören nicht weniger als 21 Arbeitgeberverbände der Industrie, des Handels und des Verkehrs an. Die Austauschstelle Köln arbeitet mit derjenigen in Düsseldorf Hand in Hand. Es ist also festzustellen, daß die gesamte westdeutsche Industrie, der Handel und der Verkehr in Düsseldorf am Sitze der Nordwest-Gruppe

zu einer gewaltigen Kampf-gemeinschaft vereinigt ist. Von Trier bis nach Bielefeld und Cassel, also ein großes Gebiet, ist hier umschlossen. Die Leiter dieses gewaltigen Blocks sind die Generaldirektoren des Ruhrtraufs.

Wird die Geldsammlung, die die Unternehmer festgesetzt haben, pro Kopf und Monat der beschäftigten Arbeiter 5,— M., auch nur einige Monate fortgesetzt, so kommen hier gewaltige Summen zusammen. Die Schwerindustrie will bei ausbrechenden Kämpfen auf eine gelbliche Unterstützung verzichten, damit die kleineren und mittleren Unternehmungen besser durchzuhalten in der Lage sind. Das ist ein organisatorischer Plan, welcher die größte Beachtung verdienen müßte. Es ist erklärlich, daß

die auf dieser Basis organisierten Kämpfe mit äußerster Hartnäckigkeit geführt

werden. Die Gewerkschaften müssen es zuzugeben bringen, sich gegenüber einer solchen Kampf-gemeinschaft siegreich durchzusetzen. Rufen wir uns doch immer wieder ins Gedächtnis, daß in den Gewerkschaften erst ein Teil der Arbeiter zusammengeschlossen ist. Bedenken wir ferner, daß die finanziellen Mittel der Gewerkschaften auch rasch verbraucht werden können. Es müßte mit tunklicher Beschleunigung neben dem Ausbau der Gewerkschaften auch an der

Stärkung der Gewerkschaftsklassen

gearbeitet werden. Eine hohe und pünktliche Beitragszahlung ist hierfür die wichtigste Voraussetzung.

Wenn wir oben von der Schwerindustrie sprachen, so bitten wir zu bedenken, daß diese Schwerindustrie nicht nur Kohlenbergwerke und Eisenwerke umfaßt. Es wird nur wenig beachtet, daß auch die großen Transportunternehmungen von der Schwerindustrie kontrolliert werden. Hierüber soll in nächster Zeit an dieser Stelle Näheres gesagt werden. Die Transportunternehmungen des Westens werden von der Schwerindustrie fast vollständig beherrscht. Hierbei brauchen wir nur an die Rheinisch-Westfälische Eisen- und Stahlindustrie zu erinnern.

Wäre die deutsche Arbeiterschaft nicht so träge, hätte sie den genügenden Weitblick, dann würde sie sich wie ein Mann erheben, um ihre Rechte zu verteidigen. Der Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft muß noch gewaltig gesteigert werden. Das heutige Einkommen reicht noch nicht aus, um die Erzeugnisse der modernen Kultur allen Menschen zugute kommen zu lassen. Was läge näher, als die ganze Existenz dafür einzusetzen, daß erst einmal die Grundlage einer modernen Kultur erreicht würde. Sollen die Unternehmer noch bessere Argumente bieten, wie die glänzende Waffe der Organisation gehandhabt werden kann? Das sollte doch wohl kaum notwendig sein.

Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene, der wir als Mitglied angehören, hielt ihre Jahresversammlung vom 29. September bis 1. Oktober in der Universität in Hamburg ab. Auf der Tagesordnung standen: „Die Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit“ mit ihren Unterthemen:

1. Gesundheitliche Schädigungen durch schlechte Beleuchtung; 2. Der Einfluß der Beleuchtung auf die Leistungsfähigkeit und die technischen Grundzüge einer richtigen Beleuchtung; 3. Medizinisch-hygienische Grundzüge einer richtigen Beleuchtung; 4. Stand der Erforschung der Strahlenschädigung des Auges und 5. Die Wirksamkeit der Augenschutzgläser und ihre Kennzeichnung.

Am zweiten Tage wurde das uns als Mitglied des Deutschen Verkehrsbandes besonders interessierende Thema: „Hygiene und Gesundheitsgefahren der Werft- und Hafendarbeiter und der Arbeiter des Heizpersonals auf Schiffen“ behandelt. Als Unterthemen waren hierfür aufgestellt:

1. Hygiene der Hafens- und Werftarbeit; 2. Unfälle bei Hafens- und Werftarbeitern; 3. Technische Maßnahmen zur Hygiene und Unfallverhütung in der Werftarbeit und 4. Hygiene des Heizpersonals auf Schiffen.

Zusammengefaßt wurden zum Thema: „Die Bedeutung der Beleuchtung für Gesundheit und Leistungsfähigkeit“ folgende Grundzüge aufgestellt:

Lichtschaden, hervorgerufen durch zu starkes bzw. blendendes Licht treffen denjenigen Teil des Auges, welcher die betreffenden Strahlen auffängt. Folgen davon sind Ausbrennungen der Netzhaut, Entzündungen der Bindehaut, Gerötung der Sehlinie, schließlich Starbildung. Mangelhafte Beleuchtung bei der Arbeit verurteilt übermäßige Anspannungsanstrengungen, Blutandrang nach dem Kopf, Kopfschmerz und Rötung der Augenbindehaut. Falsche Beleuchtung erzeugt akute oder chronische Störungen des Allgemeinzustandes, Steigerung der Ermüdbarkeit und Gesundheitschädigungen anderer Art. Alle drei Lichtarten sind außerdem oftmals Ursache von Unfällen. Durch eine gute, dem Arbeitsvorgang angepasste Beleuchtung kann die Leistungsfähigkeit des Menschen wesentlich gehoben werden. Daher muß es Aufgabe der Beleuchtungstechnik sein, für jeden Arbeitsvorgang das richtige Licht zu stellen. Dabei muß Feuer- und Explosionsgefahr, zu große Wärmeabstrahlung, Entwicklung von Wasserdampf, überdrückenden Dämpfen, giftigen Verbrennungsgasen und Erzeugung von starkem Rauch sowie die Bildung von Schlaglichtern vermieden werden. Schlaglichtern vermögen große Gefahren dadurch herbeizuführen, daß sie z. B. die Erkennung von Stufen, Öffnungen, Ventilen, Handgriffen usw. erschweren. Zum Schluß wurden die Schädigungen des Auges durch unsichtbare Strahlen (ultraviolette und ultrarote) bei der Arbeit in Glashütten, Eisenwalzwerken, an Hochöfen usw. besprochen und die dafür notwendigen Schutzmaßnahmen untersucht, sowie

Fortschritte in der Schaffung von Augenschutzgläsern behandelt.

Bei der Behandlung des Themas „Hygiene und Gesundheitsgefahren der Werft- und Hafendarbeiter und der Arbeit des Heizpersonals auf Schiffen“ fiel leider der Vortrag des Hamburger Hafenarztes Prof. Dr. Sannesmann über „Hygiene der Hafens- und Werftarbeit“ aus uns nicht bekanntgewordenen Gründen aus. Wir haben das sehr bedauert, weil wir neugierig waren, welche Argumente der Redner für die Verteidigung der heutigen Methode des Arbeitens im Hafen und auf den Werften vorzubringen haben würde.

Herr Oberarzt Dr. Kottusch vom Hamburger Hafenkrankenhause führte die Ursachen der auf den Werften und in den Häfen vorkommenden Unfälle in der Hauptsache auf Witterungseinflüsse, eigene Unvorsichtigkeit der Arbeiter und den Alkoholgenuss zurück. Wieviel dabei die Hast der Arbeit, unzureichende technische Einrichtungen, unzulängliche Erfahrungen und schlechtes Material sowie Überermüdung der Arbeiter eine Rolle spielen, wurde von ihm nicht untersucht. Redner erklärte, daß in den Hafens- und Werftarbeiten rund 16 Prozent der Arbeiter Unfälle erleiden, von denen jedoch 94 bis 96 Prozent der betroffenen Arbeiter vor Ablauf der achten Woche wieder arbeitsfähig würden. Im allgemeinen seien die Unfälle bei den Werftarbeitern leichter Natur als bei den Hafendarbeitern, bei letzteren seien jedoch Knochenverletzungen und innere Verletzungen häufiger. Ebenso seien die tödlichen Unfälle mit 0,9 Prozent um 0,5 Prozent höher als bei den Werftarbeitern. Zum Schluß seiner Ausführungen, die er noch mit Lichtbildern aus der Chirurgie unterstützte, forderte Dr. Kottusch die Einrichtung besonderer Unfallabteilungen in den Krankenhäusern und eine bessere Ausbildung der jungen Ärzte in der Unfallchirurgie.

Herr Bergwerksrat Partow, Hamburg, sprach über „Technische Maßnahmen zur Hygiene und Unfallverhütung in der Werftarbeit“. Er führte aus, daß der Bau, die Einrichtung und Instandhaltung von Schiffen für die Arbeiter Gefahren für Leben und Gesundheit mit sich bringe, deren Verhütung neben einer guten Organisation der Werftarbeit auch besondere technische Maßnahmen erfordere. Nach einer Schilderung der Ursachen der Gefahren, die in der Arbeit im Freien, im Zusammenbau schwerer sperriger Teile, in Arbeiten auf Klüppeln, in der Verwendung rotierender angebrachter Hilfseinrichtungen, in der Arbeit in unbegrenzten Stellungen und in beengten Raumverhältnissen liegen, kommt Redner zu der Auffassung, daß strenge Befolgung bzw. Innehaltung der von ihm teilweise bekanntgegebenen Unfallverhütungsvorschriften notwendig sei. Daneben betont er,

daß es durchaus falsch sei, bei Schutzmaßnahmen, die für die Arbeiter gegen Unfallgefahren getroffen werden müssen, sparen zu wollen. Je mehr für die Sicherheit der Arbeiter gesorgt werde, desto größer sei ihre Leistungsfähigkeit.

Der dritte Redner, Herr Prof. Dr. Schwarz, Hamburg, führte nach einem historischen Rückblick über die Schaffung von hygienischen Vorrichtungen für das Heizpersonal der Schiffe aus, daß hinsichtlich des Selbstmorde gegen früher ganz erheblich zurückgegangen seien. Auch Erkrankungen der Atmungsorgane, Rheumatismus und

Herkrankheiten kämen heute in geringerem Umfange vor. Dies sei ein Erfolg der vorbeugenden Maßnahmen sowie der sorgfältigen ärztlichen Untersuchungen vor der Anmusterung und der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse im Heizraum (Größe, Ventilation, Wärmeisolierung) und der hygienischen einwandfreien Unterfussräume für die Mannschaften an Bord, der Wäsch- und Badeeinrichtungen, der besseren Verpflegung und der Lufteinrichtungen. Vor allem sei die Ursache der Besserung des Gesundheitsverhältnisses des Heizpersonals in dem Vordringen der Döckerung zu suchen, wobei das Heizen durch Heizöl sowie das Kohlenrücken wegfällt. Der Vortrag wurde durch zahlreiche Lichtbilder unterstützt.

In der Diskussion nahm unser Kollege Sähnle-Samburg das Wort. Er dankte den Rednern für ihre Ausführungen und sprach den Wunsch aus, die Gesellschaft für Gewerbehygiene möchte sich einmal der Mühe unterziehen, das gesamte einschlägige Material, und zwar hauptsächlich soweit es die gezielten Vorschriften und Bestimmungen zur Verhütung von Unfällen und Erkrankungen betreffe, zusammengefaßt herauszugeben, weil die Arbeiter, die diese Bestimmungen am meisten angehen, zu wenig darüber informiert seien. Er fuhr dann fort:

Im übrigen kommt es nicht so sehr darauf an, Feststellungen über die Zahl der Unfälle zu treffen, als darauf, Unfälle nach Möglichkeit zu verhüten.

Sier geschieht nicht alles, was erforderlich ist. Interessant dürfte es auch sein, festzustellen, welche Art von Arbeitern (feste, unfähige oder Gelegenheitsarbeiter) am meisten von den Unfällen betroffen werden. Die Behauptung des Oberarztes Dr. Kottusch, daß durch Alkoholmißbrauch und infolgedessen an den Montagen die meisten Unfälle passieren, trifft nach der Statistik nicht zu. Es ist vielmehr festgestellt, daß die Sonntagsruhepausen sich außerordentlich günstig ausgewirkt hat, so daß die Unfallhäufigkeit an den Montagen niedriger ist, als an den übrigen Wochentagen. Woher kommt es denn übrigens, daß trotz Verminderung der Arbeiterzahl die Zahl der Unfälle im Hafen noch immer im Steigen begriffen ist? Und daß, obwohl die Ladungsmengezahl der Vorkriegszeit noch nicht erreicht, die Arbeitszeit kürzer geworden und in den Unfallziffern die der Lagerhäuser noch nicht enthalten ist. Es gibt für diese Erscheinung nur eine Erklärung: Die fortschreitende Rationalisierung. Die Maschine führt zu einer stärkeren Anspannung der Arbeitskraft der Hafendarbeiter. Es ist eine Intensivierung der Arbeit eingetreten, ohne daß dabei genügend Rücksicht auf die notwendigen Erholungs- und Ruhepausen genommen wird. Wo früher z. B. 16 Arbeiter beschäftigt waren, sind heute nur noch deren vier. Hier muß der Hebel zur Besserung angelegt werden. Gewiß sind manche Fragen, die die Arbeit im Hafen betreffen, nur international zu regeln. Es sei hier nur an das Tragen schwerer Lasten erinnert. Jedoch läßt sich auch sonst noch sehr viel tun zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und zur Verhütung von Unfällen, z. B. Ausbildung aller Vorarbeiter im Sanitätsdienst. Ich bitte, die Gesellschaft für Gewerbehygiene, alle Kräfte zusammenzusetzen zu lassen, um einen größtmöglichen Schutz für Leben und Gesundheit der Hafendarbeiter durchzuführen.

Die deutsche Bauhüttenbewegung.

Anlässlich des vom 25. bis 30. September d. J. in Dresden stattgefundenen Bundeskongresses des Baugewerksbundes hat der Verband sog. Baubetriebe im Febr. 1919 der „Sozialen Bauwirtschaft“ eine interessante Uebersicht über die Bauhüttenbewegung veröffentlicht. Außerdem ist den Delegierten des Baugewerksbundes eine vom Genossen August Ellinger verfaßte Broschüre überreicht worden, in der Wesen, Ziel und Entwicklung der Bauhüttenbewegung geschildert wird. Die Bauhüttenbewegung ist aber nicht nur eine Angelegenheit der im Baugewerbe tätigen Arbeiterschaft, sondern von allgemeinem Interesse. Wir halten es deshalb für notwendig, an Hand der genannten Schriften eine kurz zusammengefaßte Darstellung über die Entwicklung und bisherigen Erfolge der Bauhüttenbewegung auch unseren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen.

Das Bauhüttenwesen ist kein Produkt der neuen Zeit. In der Geschichte kann man Spuren desselben bis in das Altertum verfolgen. So sind, um nur einige Beispiele anzuführen, die als Begräbnisstätten dienenden Pyramiden und die Denkmäler in Ägypten unter diesem System erbaut worden. In Griechenland und Rom gab es nach den Berichten der Geschichtsforscher ähnliche Einrichtungen. Auch in Deutschland waren Bauhütten vorhanden, die sich hauptsächlich im Mittelalter in den größeren Städten ausbreiteten. Bauhüttenzentralen gab es in Köln, Straßburg, Zürich und Wien. Die größte Zentrale scheint die Straßburger gewesen zu sein, derselben gehörten 22 Bauhütten an. Vor einem im Jahre 1459 in Regensburg abgehaltenen Kongreß der Bauhüttendelegierten wurde der Anschluß an die Straßburger Zentrale beschlossen. Der neugegründete Bauhüttenbund wählte den Straßburger Obermeister Johann Hülz zum ersten Großmeister aus Anerkennung dafür, daß die Straßburger Bauhütte unter seiner Leitung den Bau des Straßburger Münsters erfolgreich beendet hatte.

Als Pionier der neuentstandenen Bauhüttenbewegung in Deutschland kann wohl der im Jahre 1804 geborene Schwärmer Hofbaumeister Georg Adolf Demmler gelten. Demmler, der von 1823 an in Schwertin als Landesbaumeister sämtliche öffentlichen Bauten schuf, schaltete schon damals die Bauunternehmer aus und schloß die Verträge direkt mit den Bauarbeitern ab. Dadurch schied er den Zwischenverdienst aus und erreichte, daß der Vertrag der Arbeit direkt in die Hände der Schaffenden gelangte. Daß die Baugewerksmeister und ihr Anhang wie eine Meute über den Neuerer herfielen und es an Denunziationen und Verdächtigungen nicht fehlen ließen, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden; in dieser Beziehung war es schon vor 100 Jahren so wie heute. Demmler ließ sich dadurch nicht einschüchtern, sondern ging

unbeirrt seinen Weg weiter, weil er der Ansicht war, die auch heute noch zeitgemäß erscheint, daß die bedrängte Lage der Bauhandwerker nicht allein durch Wohnerschöpfung und Verkürzung der Arbeitszeit gebessert wird, sondern eine Beseitigung der Leiden der Arbeiter nur durch eine Umgestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen möglich ist.

Trotzdem vor dem Kriege ein direkter Wohnungsmangel nicht vorhanden war, mußten schon damals zahlreiche Familien in Wohnungen hängen, die jeder Beschreibung spotteten. Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hat in ihren jährlichen Wohnungsanfragen von 1914 der Öffentlichkeit durch photographische Aufnahmen diese Zustände der Schwindelhaft und anderer Krankheiten vor Augen geführt. Bereits im Jahre 1912 hatte Käthe Kollwitz im Auftrage führender Wohnungsreformer das bekannte Bild gestaltet, in dem lebensstark die Auswirkungen des Wohnungslebens auf das Kinderleben gezeigt werden. Anfang März 1912 tagte in Berlin in der „Neuen Welt“ eine zahlreiche besuchte Versammlung, in der bedeutende Männer, wie der Minister Bernhard Dernburg, der Oberbürgermeister Dominicus, Dr. Südekum u. a. den schärfsten Protest gegen die unsoziale und kulturwidrige Wohnungswirtschaft erhoben. Die damaligen Nachahrer hielten sich aber nicht für verpflichtet, einzugreifen und erforderliche Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände zu treffen. Nach zweieinhalb Jahren brach der Weltkrieg aus. Die Bauhüttenbewegung wurde förmlich eingestellt und dadurch die Wohnungsnot sowie das Wohnungsleiden ganz gewaltig gesteigert.

Nach der politischen Umwälzung im Jahre 1918 verlangten die aus dem Felde zurückgekehrten Massen förmlich die Sozialisierung der Wirtschaft. Die politisch befreiten Arbeiter wollten auch wirtschaftlich frei und unabhängig vom Privatunternehmertum sein. Von der Regierung wurde eine Kommission eingesetzt, die untersuchen sollte, welche Wirtschaftszweige zur Sozialisierung reif seien und auf welche Weise die Sozialisierung praktisch durchgeführt werden könnte. Die Kommission ist aber über theoretische Betrachtungen nicht hinausgekommen. Man sah bald ein, daß in Deutschland zur Durchführung des wirtschaftlichen Sozialismus die Vorbedingungen zunächst fehlten. Es bleibt kein anderer Weg, als die wirtschaftliche Macht schrittweise zu erkämpfen. Die Gründung von Konsumgenossenschaften und anderen Unternehmungen der Arbeiter sind Anfänge auf diesem Gebiete. Die organisierte Arbeiterschaft hat es in der Hand, durch Aufklärung der indifferenten Masse den Weg zum Ziele zu verkürzen.

Die größten Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialisierung haben bis jetzt die baugewerblichen Gewerkschaften gemacht. Der Deutsche Bauarbeiterverband be-

schäftigte sich auf seinem Verbandstag im Mai 1919 bereits mit dieser Frage. Die Ansichten, in welcher Form die Sozialisierung durchzuführen ist, gingen allerdings damals noch weit auseinander. Nach sehr lebhafter Aussprache gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Vergeßlichkeit des Privatunternehmens an den Produktionsmitteln durch Ueberführung der dafür reifen Betriebe in den Besitz von Reich, Ländern und Gemeinden sowie die schrittweise Inangriffnahme der baugewerblichen Sozialisierung gefordert wurde. Im Oktober desselben Jahres gelang es mit Hilfe der Märkischen Heimstätte, Siedlungsbank für Berlin und die Provinz Brandenburg, die erste deutsche Bauhütte — die Bauhütte Berlin — zu gründen. Die Unternehmer hatten zunächst nur Hoß und Spott für diese Gründung übrig. Als aber bekannt wurde, daß sich die Märkische Heimstätte mit dem Gedanken trage, zur Gründung der Bauhütte eine Million Papiermark zur Verfügung zu stellen, machten sie nicht nur die Berliner Handelskammer, sondern auch den Deutschen und Berliner Wirtschaftsbund für das Baugewerbe gegen diese Absicht mobil. Inzwischen hatten die Arbeiter in verschiedenen Orten zur Selbsthilfe gegriffen und genossenschaftliche Betriebe errichtet. Um diese Betriebe, es waren ungefähr 40, nicht zugrunde gehen zu lassen, mußte man nach einer zweckentsprechenden Form für ihre Zusammenfassung suchen. Im Februar 1920 fand eine Konferenz der baugewerblichen Verbände statt, in der die Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe beschlossen wurde. Die offizielle Gründung desselben erfolgte am 16. September 1920 in Hamburg mit einem Stammkapital von fünf Millionen Papiermark. Als juristische Form des Verbandes wählte man die Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Zweck der Gesellschaft ist die Verbilligung des Bauens durch die Förderung des Baugewerbes auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage, insbesondere die Verbilligung des Kleinwohnungsbaues für die minderbemittelten Volksschichten. Dieses Ziel soll durch die Einschaltung von Treuhänderbetrieben in den Baumarkt erreicht werden, die auf unangemessene Unternehmergewinne verzichten und die sich ferner durch Hebung der Arbeitslust und Arbeitsfreude ihrer Arbeiter und Angestellten sowie durch Pflege einer wirtschaftlichen Betriebsführung in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Baubetriebe, die von der Gesellschaft gefördert und unterstützt werden wollen, müssen von dem Grundbesitzer sein, möglichst billige und gute Bauten für die Allgemeinheit herzustellen. Hauptzweck dieser Betriebe muß die Herstellung von Kleinwohnungen und Siedlungen sein.

Ende 1920 erfolgte die Gründung der Bauhüttenbetriebsverbände des Verbandes sozialer Baubetriebe. Im Jahre

Der Bundesbeitrag für die 43. Woche

(16. bis 22. Oktober 1927) ist fällig.

Die pünktliche Entrichtung des Bundesbeitrags in fahungsgemäßer Höhe ist eines der wesentlichsten Mittel zur Erhaltung der Schlagkraft der Organisation. Wer von anderen Solidarität verlangt, muß sie selbst üben — auch im Beitragsgeld.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß diese Tagung viel wertvolles Material geliefert hat. War es doch das erste mal, daß Wissenschaft, Unternehmer und Arbeiter zusammengeschlossen in der Gesellschaft für Gewerkschaften sich mit allen Fragen für Schicksal und Höfen in Betracht kommenden Fragen beschäftigt haben. Gewiß ist vieles ungeklärt geblieben, auch was nicht tief genug geklärt worden. Die Verhandlungen haben auch darunter gelitten, daß diese Fragen in den Hauptthemen nur allein von Hamburger Referenten behandelt worden sind. So daß die besonderen Verhältnisse an anderen Plätzen etwas zurückstehen. Der Vorteil der Tagung liegt aber darin, daß die Aufmerksamkeit aller Kreise auf die Verhältnisse in den betreffenden Gewerkschaften gelenkt worden ist. Daraus können und müssen bei Weiterbehandlung dieser Fragen sich in gewerkschaftlicher Beziehung Vorteile für die Arbeiter ergeben.

Der Deutsche Verkehrsband wird jedenfalls nach wie vor diesen Fragen die allergrößte Aufmerksamkeit widmen.

Der Allgemeine Danziger Gewerkschaftsbund für die Sozialdemokratie.

Am Montag, dem 26. September 1927, abends 7 Uhr, nahmen die Delegierten des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig Stellung zu den Volkstagswahlen. Der Bundesvorsitzende, Kollege Berner, hielt einen Vortrag über „Die Gewerkschaften und ihre politische Vertretung“. Der Redner ging auf die kommende Selbststapwahl des nächsten ein. Die Gewerkschaften können dieser Wahl nicht unaktiv gegenüberstehen. Eine Stellungnahme sei um so mehr geboten, als der Kampf der Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage in Danzig auf viel größere Schwierigkeiten stößt, als wie es sonst irgendwo der Fall ist. Die Reaktion hat hier das Bestreben, im zukünftigen Volkstag ihre Ansprüche gegen die Position der Danziger Arbeiterschaft zur Durchführung zu bringen.

Sollen in einer solchen Situation die freien Gewerkschaften Gewehr bei Fuß stehen, wo deren Mitglieder sich für die Führung eine klare Stellungnahme und Herausgabe von Richtlinien verlangen? Diese Frage muß verneint werden.

Die Gewerkschaftsbewegung muß sich stützen auf eine politische Vertretung in den Parlamenten, die ihre Interessen und damit die des arbeitenden Volkes vertritt. Eine solche politische Vertretung hat die Gewerkschaftsbewegung seit vielen Jahrzehnten in der Sozialdemokratie. Nur eine klare Sozialdemokratie kann die Ansätze der Reaktion auf die Volksrechte verhindern.

Redner forderte zum Schluß seiner wirksamen Ausführungen die gesamten Gewerkschaften auf, dafür zu sorgen, daß am 18. November alle Gewerkschaftsmitglieder, ihre Frauen und Angehörigen ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgeben.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die anwesenden Delegierten denselben Standpunkt vertraten, den der Bundesvorstand im Referat des Bundesvorsitzenden zum Ausdruck gebracht hatte. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde folgende Entscheidung gegen nur zwei Stimmen angenommen:

Die am 26. September 1927 tagende Delegiertenversammlung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig nimmt zu den im November stattfindenden Volkstagswahlen folgenden Standpunkt ein:

Die Freien Gewerkschaften erblicken in der Sozialdemokratischen Partei ihre zuständige Interessensvertretung in den Parlamenten. An diesem Standpunkt haben sie seit ihrer Gründungszeit unverrückbar festgehalten.

Die Sozialdemokratie hat stets energisch für die Fortentwicklung einer gesunden Sozialpolitik gekämpft und die Interessen der Gewerkschaften in vorbildlicher Weise vertreten.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß der gewerkschaftliche Tageskampf letzten Endes im Sozialismus endet, halten die Delegierten des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig es für ein Gebot der Stunde, daß die Danziger Arbeiterschaft nebst deren wahlberechtigten Familienangehörigen bei der demnächst stattfindenden Volkstagswahl geschlossen für die Rüste der Sozialdemokratischen Partei eintritt.

Nur wenn es der SPD. gelingt, gestützt aus diesem Wahlkampf hervorzugehen, kann mit der gegenwärtigen arbeitereigenen Regierungskoalition Schluß gemacht und die Belange der Danziger Arbeiter- und Angestelltenchaft in wirksamer Weise vertreten werden, als es bisher der Fall war.

Die Sozialversicherung, eine Kulturhandl.

Motto:

1. Die Unfallversicherung tötet den Willen zur Arbeit.
2. Die Krankenversicherung lähmt den Willen zur Gesundheit.
3. Die Altersversicherung zerstört den Sparsinn eines Volkes.

Und schließlich:

4. Deutschland hat den Krieg infolge seines Durch die Sozialversicherung geschwächten Nervensystems verloren.

Dies sind einige Sätze aus dem temperamentvoll geschriebenen Buche des Arztes Edwin Ziel „Die Schäden der sozialen Versicherungen“.

Die bürgerliche Wissenschaft ist schon des öfteren als die Hure des Kapitalismus entlarvt worden. Als ihre treuen Diener kamen meistens die Herren von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft in Frage. Warum soll nicht auch einmal ein Arzt Dienst tun für das kapitalistische System?

Interessant ist, daß in den letzten Monaten die Unternehmerangriffe auf die Sozialpolitik nicht abbrechen wollen. Warum die Angriffe? Die Sozialpolitik soll angeblich den Profit erschöpfen. Bei ihrem Kampf gegen die Sozialpolitik geben sie dies als ihr Motiv an. Ihr Kampf gegen die Sozialpolitik wird natürlich aus kulturellen Gründen unternommen.

Und jetzt in dem Moment des nackten Interessenskampfes der Unternehmer schreibt ein Arzt ein Buch, das den wissenschaftlichen Beweis erbringen will, daß die soziale Versicherung den Untergang der Kultur bedeute. Dr. Ziel arbeitet mit Dynamit. Und die Methode, wie er arbeitet, ist sehr gerissen. Die Gedanken, die er vom Stapel läßt, sind aber so absurd, daß wir nicht umhin können, der deutschen Arbeiterschaft einige Kostproben hiervon zu unterbreiten. Wie gesagt, dieses Buch ist eine sozialgefährliche Predigt. Was predigt er? Hören wir:

Die Krankenversicherung untergräbt die Mannhaftigkeit, begünstigt körperliche und geistliche Verweichlichung und führt zur bemerzten Krankheitszunahme. Die Krankheiten der Versicherten werden durch die frühzeitige, kostlose und ausgiebige ärztliche Behandlung nicht schneller beseitigt, sondern im Gegenteil verlängert. Der Abbau der Krankenversicherung würde daher gesundheitsfördernd wirken. Die Krankenversicherung dient heute nicht zur Behandlung und Heilung von Krankheiten, sondern vielmehr als Sicherung gegen wirtschaftliche Nöte. So führt die Krankenversicherung nicht nur zur körperlichen Verweichlichung, sondern auch zur moralischen Entartung.

Aber nicht nur die Krankenversicherung ist ein kulturwidriger Zustand, sondern auch die Unfallversicherung. Die Unfallversicherung demokratisiert. Unter den Versicherten herrscht der Trieb, aus dem Unfall so viel wie möglich herauszuschlagen. Der Gesundheitswille wird dadurch zerstört. Der Wunsch, gesund zu werden, wird von dem Wunsche, eine Rente zu beziehen, überwuchert und erstickt. Das Volk ist durch die Unfallversicherung unglücklich gemacht worden. Und schließlich wird auch noch durch die Altersversicherung der Sparsinn des Volkes bedroht und vernichtet.

Die Erwerbslosenfürsorge ist der Schlüssel des Anheils. Die mit ihr verbundene Geldvergeubung ist bedeutungslos gegenüber der moralischen Schwächung, die sie ausübt. Lohn ohne Leistung bedeutet auf die Dauer Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit, Vernichtung des Sparsinns. Die Erwerbslosenfürsorge ist nur dazu da, um im Arbeiter den Willen zur Arbeitslosigkeit zu wecken, jeder will stempeln, d. h. faulenzeln.

Und der Gesamteindruck, den Ziel von der Sozialversicherung gewonnen hat, ist der:

Die heutige soziale Fürsorge ist mehr Krankheitszucht als Gesundheitspflege. Sie bedeutet die Krankheitszucht im großen, bedeutet die fehlerhafte und verderbliche Umstellung breiter Volksmassen in Fragen der Gesundheit und der Arbeitsfreudigkeit. Das ist die Wirkung unserer sozialen Gesetze. Bei den Unfallverletzten geht es in erster Linie um die Rente, die Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit spielt erst die zweite Rolle. Die soziale Versicherung ist hier und da möglich für den einzelnen, verderblich aber für ein ganzes Volk. Bald wird nur noch ein kleiner Teil unserer Bevölkerung arbeiten und schaffen, der größere Teil aber wird aus Rentenempfängern bestehen. Die Abgewiesenen werden die Unzufriedenheit schüren und immer neue Keime der Zwietracht in unser Volk säen. So hat ein Volk mit einem Rentnerdasein keine Zukunft mehr. Die soziale Versicherung begünstigt den Minderwertigen und benachteiligt den Fleißigen und Begabten. Wenn es so weiter geht, wird Deutschland nur mehr ein historischer Begriff sein. Wird dagegen die soziale Versicherung aufgehoben, dann würde eine Gesundheitswelle über Deutschland gehen.

Der Produzent dieser Gedanken hat auch ein Buch geschrieben: „Der Arzt und seine Sendung“. In einer Kritik dieses Buches heißt es, gegen den Verfasser müsse man den schärfsten wissenschaftlichen Vorwurf erheben. Eine völlige Verkennung und Unkenntnis des Stoffes liege zugrunde. Diese Kritik ist voll und ganz auch auf sein neues „Wert“ zu übertragen. Uns mit Ziel über den Wert oder Unwert der Sozialversicherung auseinanderzusetzen, hat gar keinen Zweck. Wägen auch in der nächsten Zeit die Unternehmer mit den Gedanken von Ziel operieren. Das sieht uns nicht an. Die soziale Versicherung ist einmal da, zum Segen des arbeitenden Volkes. Und durch kein noch so großes Gelächel, noch so große und schwere Verleumdungen und Angriffe wird die Sozialversicherung aus der Welt geschafft werden können. Sie wird bestehen bleiben und weiter ausgebaut werden. Trotz des gelehrten Kläffers.

Eine merkwürdige Bank.

In Berlin hat sich eine sogenannte Mittelstands- und Kreditbank e. G. m. b. H. aufgetan, deren Prospekt uns zur Veröffentlichung zugelassen wird. Die Bank bietet bis 8 Prozent Zinsen für Einlagen und scheidet „jedem Hausangestellten, der ein Jahr ununterbrochen bei ein und demselben Arbeitgeber in einem Dienst- und Lohnverhältnis gestanden hat“, ein Sparbuch über 8 RM. Die hohen Zinsen und die für eine Bank immerhin merkwürdige Anteilermethode mit dem Gehaltensparbuch liehen uns dieses Institut etwas näher ansehen, umso mehr, als die Geschäftsleitung gerne erklärt, hinter ihr ständen Gewerkschaften und Verbände. Wir stellen fest, daß es sich bei dieser erst seit Juli 1927 bestehenden Bank um ein sogenanntes „nationales“ Geschäft handelt. Dem Aufsichtsrat gehören nämlich an: ein Herr Toltsdorf vom Bund der Bäcker und Konditorei-Gelegen Deutschen, ein Herr Schmalz, Bundesleiter des nationalen Gewerkschaftsbundes, ein Herr Schmelz von der nationalen Gewerkschaft der Deutschen Eisenbahner und schließlich ein Major von Marklowski. Der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete Dietrich (Franken) soll gleichfalls Mitglied der Genossenschaft sein.

Nach uns gewordenen Auskünften soll sich übrigens der Direktor dieser Bank in kaufmännischen Kreisen keines guten Rufes erfreuen.

Wir hoffen, daß diese Angaben zur Kennzeichnung dieser Mittelstandsbank genügen. Da man sich aber besonders an die Hausangestellten wenden, seien unsere Kollegen und Kolleginnen dieser Branche besonders gewarnt.

Für unsere Kollegen und Kolleginnen, die sparen wollen, kommt u. G. einzig und allein die von den freien Gewerkschaften gegründete Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G. in Frage, zu deren Aufsichtsrat unser Bundesvorsitzender, der Kollege Schumann, gehört.

Sitzung des Generalrats der I.F.F. in Paris am 8., 9. und 10. August 1927

Mit Ausnahme des Kollegen Tomshitz-Wien waren alle Mitglieder anwesend.

Nach eingehender Behandlung wurde der Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats seit dem Pariser Kongreß einstimmig genehmigt.

Der Griechische Seemannsverband (20000 Mitglieder) und der Ungarische Kraftfahrerverband (1850 Mitglieder) wurden als Mitglieder der I.F.F. aufgenommen.

Einem Ansuchen der der I.F.F. angeschlossenen Kraftfahrerverbände zur Einsetzung eines Beirats für die Kraftfahrerektion wurde zugestimmt.

Die Untersuchung der auf dem Pariser Kongreß gegen den Generalsekretär erhobenen Anklagen, wobei auch ein Vertreter des belgischen Eisenbahnerverbandes, der Kollege Paulis, die Gelegenheit bekam, sich zum Bericht der Untersuchungskommission zu äußern, führte zur Annahme der nachstehenden Resolution:

„Der Generalrat hält es mit den Grundfäden der I.F.F. als einer Föderation freier, den Landesorganisationen angeschlossener Gewerkschaften für unannehmbar, daß die von der I.F.F. angestellten Sekretäre sich an Unternehmungen und Veranstaltungen beteiligen oder mitwirken, die dem entgegenstehen.“

Um eine Schwächung der angeschlossenen Organisationen zu verhindern und um einem Richtungsstreit in der I.F.F. vorzubeugen, verlangt der Generalrat von den Sekretären die uneingeschränkte Anerkennung und bedingungslose Befolgung dieser Grundfäden.

Im vorliegenden Falle verlangt der Generalrat von Timmen die Lösung seiner Verbindung mit den Institutionen, derenwegen Beschwerde erhoben worden ist, bis zum Jahresschluß 1927.“

Ein Antrag zur Entsendung einer Delegation nach Rußland wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Aus unserem Berufe

Hafenarbeiter.

Lübeck. Die Lohnbewegung der Lübecker Hafenarbeiter endet mit einem Schiedsspruch, der eine Lohnserhöhung von 70 Pf. pro Tag vorseht.

Damit ist die Differenz, die zwischen den Lübecker und den Hamburger Löhnen bestand, auf zehn Pfennig gesunken. Es wird Aufgabe zukünftiger Lohnbewegungen sein, Unterschiede in der Bezahlung der Hafenarbeiter in den Seehäfen nicht aufkommen zu lassen.

Bekanntmachungen des Bundesvorstandes.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 17 Ziffer 8a und b der Bundesatzung:

In Elmshorn: H. Göttliche, Hpt.-Nr. 1 804 232; Johann Rittner, Hpt.-Nr. 1 804 323; Georg Webelind, Hpt.-Nr. 1 804 158.

Der Vorstand.

Dswald Schumann, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1.

Bekanntlichiger Redakteur: Reichshof Ludwig, Berlin SO. Belegbogenhalt „Gaurier“, G. m. b. H., Berlin SO. Druck: Maurer & Damm, Berlin, Adenauer Str. 34-36.